



FRED OELSSNER

Antwort auf Diskussionen über den Vorschlag der Sowjetunion für einen Friedensvertrag mit Deutschland

Aus dem Referat auf einer Konferenz der Abt. Propaganda des Zentralkomitees mit Genossen Professoren

Bekanntlich wurde die gegenwärtige höhere Phase des Kampfes um den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages und um die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates durch den Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die vier Großmächte eingeleitet mit der Bitte, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. Wir müssen feststellen, daß allgemein in der Partei dieser Schritt unserer Regierung unterschätzt wurde. Die große Bedeutung des Briefes unserer Regierung ist nur von den wenigsten erkannt worden.

Es gab sogar gewisse Unklarheiten, die noch durch demagogische Manöver des Gegners gefördert wurden. Sie bestanden darin, daß einige Genossen sagten: In diesem Brief ist ja kein Wort über die Hauptpunkte der großen Kampagnen enthalten, die wir besonders seit dem Volkskammerappell vom 15. September vorigen Jahres für das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Beratung, für die

Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen zur Einberufung einer Nationalversammlung und zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung geführt haben. — Unsere Genossen begriffen nicht, daß es sich hier um zwei Seiten ein und derselben Kampagne handelt, daß unsere Regierung aber in diesem Brief an die vier Großmächte unmöglich Fragen in den Vordergrund rücken konnte, die innere Angelegenheiten des deutschen Volkes sind.

Auch die Antwort der Sowjetregierung auf den Brief der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Februar, in dem sich die Sowjetregierung der Meinung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anschloß und erklärte, daß sie ihrerseits alles tun werde, was möglich ist, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, hat nicht das Echo gefunden, das sie verdient hätte, obwohl für jeden, der zu lesen versteht, aus diesem Brief ganz klar ersichtlich war, daß darauf seitens der Sowjetregierung weitere Schritte folgen würden.